

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## POLITISCHE BRIEFÉ DES EVÄNGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern  
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BÄCH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH  
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MDL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHÄUPT, MdB  
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

6. Jahrgang, Nummer 9

Postverlagsort Bonn

Bonn, im September 1958

### INHALT

KIELER MANIFEST DER CDU . . . . .	S. 1
AUFRUF ZUR EINIGKEIT . . . . .	S. 2
DAS POSTULAT DER FREIHEIT von Konrad Adenauer . . . . .	S. 2
STAATSORDNUNG UND GESELLSCHAFTSBILD von Eugen Gerstenmaier . . . . .	S. 3
GEMEINSAME POLITISCHE VERANTWORTUNG AUF CHRISTLICHER GRUNDLAGE von Kai-Uwe v. Hassel . . . . .	S. 8
EINHEIT IN FRIEDEN UND FREIHEIT von Heinrich Krone . . . . .	S. 10
DIE FRAU IN UNSERER GESELLSCHAFT von Elisabeth Schwarzhaupt . . . . .	S. 11

## KIELER MANIFEST DER CDU

*Der 8. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 18.—21. September 1958 in Kiel verabschiedete zum Abschluß seiner Beratungen einstimmig das nachstehende Manifest:*

Bei der Bundestagswahl des Jahres 1957 und erneut bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Sommer 1958 hat das deutsche Volk die Politik der Christlich-Demokratischen Union in eindrucksvollster Weise bestätigt. Der 8. Bundesparteitag dankt allen Wählern in Stadt und Land für das Vertrauen, mit dem sie der Christlich-Demokratischen Union für die kommenden Jahre von neuem die Verantwortung übertragen haben. Die CDU erblickt in diesem Vertrauen den Auftrag, ihre bisherige Politik unbeirrt fortzusetzen und auszubauen.

Der Bundesparteitag betont von neuem und mit allem Nachdruck, daß unsere Freiheit, die geistigen und kulturellen Werte unseres Lebens und der wirtschaftliche und soziale Aufbau unseres Landes nur durch die beharr-

liche Fortführung der erfolgreichen Außenpolitik der Bundesregierung gesichert werden können.

Der Bundesparteitag erwartet daher, daß die Bundesregierung ihre Bündnispolitik im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft fortsetzt. Er erwartet eine entschlossene Fortführung unserer europäischen Politik. Die Einigung Europas ist und bleibt eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Von ihrem Gelingen hängt die Zukunft des ganzen deutschen Volkes — diesseits und jenseits der Zonengrenze — wie aller anderen Völker Europas ab.

Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit bleibt das Ziel aller unserer Bemühungen. Sie zu fördern, ist die nationale Pflicht aller Deutschen. Solange die weltpolitische Lage die Wiedervereinigung noch nicht erlaubt, müssen wir alle Kraft an die Erhaltung und Stärkung der persönlichen und geistigen Verbindung mit den Deutschen jenseits der Zonengrenze setzen.

Der Bundesparteitag hat sich auch in besonderer Weise mit den Fragen der inneren Ordnung unserer Gesell-

schaft und unseres Staates und entsprechend der gewachsenen Verantwortung unserer Partei mit deren weiterem Ausbau beschäftigt. Er empfiehlt der Partei, den kommunalpolitischen Angelegenheiten größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen.

Der Bundesparteitag hat die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben in einem Arbeitsprogramm für die parlamentarischen Vertretungen der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden zusammenfaßt. Dieses Arbeitsprogramm wird dem Bundesausschuß zur Weiterberatung und zur Weiterleitung an die parlamentarischen Körperschaften überwiesen.

Ziel des Arbeitsprogramms ist die fortschreitende Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, der Ausbau einer gesunden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Freiheit und Gerechtigkeit zugunsten aller Berufe und Schichten des deutschen Volkes. Die Christlich-Demokratische Union betont mit allem Nachdruck, daß die Pflege der geistigen Werte nicht hinter dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zurückstehen darf.

*Aus den Referaten des 8. Bundesparteitages veröffentlichen wir im folgenden einige Auszüge von grundsätzlicher Bedeutung:*

## DAS POSTULAT DER FREIHEIT

von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer  
Vorsitzender der CDU

...Der Erfolg hat uns Macht gebracht; der Besitz der Macht verpflichtet. Er verpflichtet uns genauso gut zu einer stetigen Gewissenserforschung, wie es der Verlust eines Wahlkampfes tun würde. Wir müssen uns ständig klar zu werden versuchen, was wir gut gemacht haben, welche Fehler wir begangen haben. Wir müssen uns prüfen, ob wir unsere Organisation weiter ausbauen müssen, ob wir mehr tun können für unsere Partei als bisher. Vor allem aber müssen wir uns immer bemühen, eine konsequente und folgerichtige Politik zu treiben. Einigkeit einer Partei, Folgerichtigkeit ihrer Politik bringt ihr Vertrauen und Ansehen bei den Wählern. Klarheit und Folgerichtigkeit der Politik setzt voraus, daß wir uns klar sind und klar bleiben, auf welchen Grundsätzen unsere Politik von Anfang an beruht hat und auch jetzt beruht. Die tiefste Grundlage unserer Erfolge war die Erkenntnis, daß in Jahrzehnten, wie in unseren, in denen der Materialismus bald mit brutaler Gewalt, bald durch kalten Krieg, bald im Gewande einer Pseudowissenschaft ein Volk nach dem andern zu erobern sucht, nur das Volk und die Partei ihm widerstehen können, die eine geistige, eine ethische Konzeption und Grundlage haben.

Das Fundament unserer Partei sind die Grundsätze, die sich im Laufe der Jahrhunderte auf christlich humanistischer Basis entwickelt haben. Ich nenne vor allem das vom Christentum entwickelte Postulat der Freiheit der Person. Wir alle wissen, daß Freiheit nicht gleich Zügellosigkeit ist. Darin besteht der wesentliche Unterschied zwischen unserer Grundhaltung und derjenigen der materialistischen Parteien: Wir bejahen aus tiefster Überzeugung die Freiheit der Person, der Materialismus verneint sie.

Nur die Freiheit gestattet es dem Menschen, die ihm von Gott verliehenen Anlagen und Kräfte zum besten aller und zu seinem eigenen Besten voll zu entwickeln und zu gebrauchen. Das Postulat der Freiheit der Person gilt auch gegenüber dem Staat. Er darf seine Macht niemals so weit ausdehnen, daß die freie Entwicklung der Persönlichkeit dadurch beeinträchtigt wird. Auf dem Grundsatz der Freiheit der Person muß nicht nur das politische Leben beruhen, sondern auch die Wirtschaft. Entwick-

## AUFRUF ZUR EINIGKEIT

*Eine weitere, ebenfalls einstimmig angenommene Entschliebung hat folgenden Wortlaut:*

Der Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands steht erschüttert unter dem Eindruck der unerträglichen Verschärfung der Lage in der Sowjetzone. Die Maßnahmen der Zonenmachthaber setzen die Menschen Mitteldeutschlands unter schwersten Druck und bringen sie in tiefe Gewissensnot.

Angesichts dieses tragischen Schicksals unserer Landsleute jenseits der Zonengrenze unterstützt und ermutigt die Christlich-Demokratische Union jede Bemühung, zu einem gemeinsamen Handeln aller politischen Kräfte in gesamtdeutschen Fragen zu gelangen. Sie ist gerade in der gegenwärtigen Situation der Überzeugung, daß größere Einigkeit in der Arbeit für die Wiedervereinigung eine wesentliche Voraussetzung zur Überwindung der Teilung Deutschlands ist.

lungen in der Wirtschaft können die freie Entwicklung des einzelnen gefährden, sie können auch eine Gefahr werden für die politische Freiheit. Es muß dafür gesorgt werden, daß keine wirtschaftlichen Machtzusammenballungen entstehen, die das wirtschaftliche und damit das politische Leben beherrschen könnten. Wirtschaftliche Machtzusammenballungen können in der Hand von Unternehmern ebenso gefährlich sein, wie in der Hand von Organisationen von Arbeitnehmern, Kartelle können gefährlich werden, ebenso auch Gewerkschaften. Diese Erscheinungsformen der Machtzusammenballung werden wir darum mit großer Sorgfalt zu beobachten haben, damit sie nicht die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung beeinträchtigen. . .

Die Zusammenballung sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet läßt sich durch Zusammenarbeit ersetzen. Die Freiheit, die in der Zusammenarbeit enthalten ist, ist für die Entwicklung der Menschheit unendlich viel wichtiger als die Vermassung und die Degradierung der Menschen, die nur zu leicht Zusammenballungen begleiten.

Mit der besonderen ethischen Grundlage unserer Partei stehen wir nicht allein auf der Welt. Die Anwesenheit der Vertreter so zahlreicher gleichgesinnter Parteien anderer Länder heute auf unserem Parteitag führt uns das klar vor Augen. Ich hoffe, daß alle diese Parteien gemeinsam für das Prinzip der Freiheit der Person eintreten. Dann wird in dem ständigen Ringen auf der Welt die Freiheit gewahrt bleiben.

Meine Ausführungen richten sich auch gegen die Prinzipien des Sozialismus. Die Kommunisten leiten ihre Lehren aus dem Sozialismus her; ich brauche nur den Namen Karl Marx zu nennen. Die Sozialisten anderer Länder kann man natürlich nicht mit den Kommunisten gleichsetzen. Aber die ideologische Grundlage ist dieselbe: zuerst der Staat und dann die Person. Wir dagegen sagen: zuerst die Person und dann der Staat. Das Ringen zwischen diesen beiden Anschauungen wird, so scheint es mir, noch viele Jahre hindurch dauern. Unsere Partei soll in diesem Ringen zusammen mit den ihr verwandten

Parteien sich in besonderer Weise auszeichnen für das christliche Ideal, die Freiheit der Person.

Die politischen Entscheidungen, die wir von Tag zu Tag zu treffen haben, müssen letzten Endes immer dieses Prinzip unserer Partei berücksichtigen. Diese Forderung unserer Partei, Freiheit der Person, wie sie das Christentum verlangt, muß immanent in unserem Denken und Handeln sein. Die Gefahren unserer Zeit verlangen das . . .

### Die Zone der Unfreiheit

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist und bleibt für uns eine politische Frage ersten Ranges; sie ist auch eine menschliche Frage von ganz besonderer Bedeutung. Jährlich verlassen in der Sowjetzone 250 000 bis 300 000 Menschen Haus und Hof, ihren Beruf, ihre Verwandten, ihre Heimat und kommen zu uns, weil sie dem Terror, der dort auf sie ausgeübt wird, nicht mehr gewachsen sind. Man muß mit diesen armen Menschen einmal selbst sprechen, um zu hören, wie stark der Druck ist, man muß sich in diese Lage einmal hineindenken, um wenigstens einigermaßen zu verstehen und zu wissen, was dort vor sich geht.

Ich las dieser Tage in einer ausländischen Zeitung; in Wirklichkeit sei die Sowjetzone, das Land hinter dem Eisernen Vorhang nichts anderes als ein großes Gefängnis. Das ist ein wahres Wort. Ich wünsche, daß diejenigen Leute, die diesseits des Eisernen Vorhangs in der Freiheit leben, jeden Tag doch wenigstens einige Minuten daran denken mögen, was dort in deutschen Landen vor sich geht, welche Sklaverei, welche Quälerei, welche Angst, welcher Terror dort herrschen.

Es sind jetzt in einem solchen Umfang die geistig Schaffenden geflohen, daß die Leute der SED sich gezwungen sahen, Erleichterungen zu gestatten für den Verkehr zwischen den Bewohnern der Zone und uns. Die Kirchenverfolgung, die dort herrscht, ist eine Schande für unsere Zeit. Der Druck, der auf die Geistlichen, insbesondere auf die evangelischen Geistlichen durch die Diffamierung ihrer Familienmitglieder, ausgeübt wird, spricht aller Menschlichkeit Hohn. Die unmittelbaren Quäler sind, ich schäme mich fast, es zu sagen, Deutsche; aber hinter diesen steht Sowjetrußland, und Sowjetrußland müssen wir daher verantwortlich machen für alles Böse, was in diesem Lande geschieht. Wir werden nicht nachlassen in unseren Bemühungen, den persönlichen Kontakt mit den

Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs wiederherzustellen und zu pflegen. Wir werden nicht nachlassen in unseren Bemühungen, ihnen die freie Entscheidung über ihr zukünftiges Schicksal zu verschaffen.

Die vier Besatzungsmächte, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Sowjetrußland, haben die völkerrechtliche und die moralische Pflicht, dafür einzutreten, daß Deutschland in Freiheit wieder vereinigt wird. Ich weiß, daß die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien sich mit aller Energie dafür einsetzen. Es liegt allein bei Sowjetrußland, wenn dieser Zustand weiter andauert. Sowjetrußland will mit der Bundesrepublik gute Beziehungen haben. Gut! Auch wir wollen gute Beziehungen mit Sowjetrußland herstellen. Aber Sowjetrußland muß einsehen, daß es unzutraglich ist, wenn nach wie vor 17 Millionen Deutscher dort mit seiner Zustimmung gequält werden.

Sowjetrußland sagt, die Zone sei ein souveräner Staat. Sowjetrußland könne ihm nicht befehlen. Ich meine, für das große Rußland wäre eine solche fadenscheinige Ausrede nicht das Richtige. Jedermann weiß, daß die Macht-haber in der Sowjetzone durch die Bevölkerung hinweggefegt würden, wenn man nicht wüßte, daß Sowjetrußland mit seinen Truppen und Geschützen und Panzern hinter ihnen steht. Sowjetrußland betont immer und immer wieder in seinen Zeitungen, in seinen Radiosendungen, in seinen Noten, daß es friedliebend sei. Hier soll es zeigen, daß es friedliebend ist, indem es endlich diese Last von uns Deutschen hinwegnimmt. Es würde sich selbst vor der ganzen Welt einen großen Dienst damit erweisen und wir würden ihm dankbar dafür sein. . .

Die Welt muß endlich einmal wieder eine Periode des Friedens und der Ruhe erhalten. Es muß vor allem die Gefahr beseitigt werden, daß von den schrecklichen nuklearen Waffen irgendein Land Gebrauch macht. Darum ist das oberste Ziel unserer ganzen politischen Arbeit die Herbeiführung einer kontrollierten Abrüstung der nuklearen und der konventionellen Waffen. Wie man zu diesem Ziel gelangt, das muß man sehen, aber wir müssen zu diesem Ziel gelangen, im Interesse aller Länder und aller Völker. Die ersten Anfänge sind gemacht worden auf der Konferenz der Physiker in Genf. Dieser Faden darf nicht abreißen, er muß weitergesponnen werden. Nur wenn wir zu diesem Ziel gelangen, können wir zu einem neuen Aufstieg der Menschheit, auch zu einem Aufstieg der unterentwickelten Völker kommen. . .

## STAATSORDNUNG UND GESELLSCHAFTSBILD

von Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier  
Stellvertretender Vorsitzender der CDU

### I.

... Die innere Situation der Bundesrepublik war in den letzten acht Jahren eine entscheidende Bedingung unserer außenpolitischen Entwicklung. Ohne die entschiedene innere Absage der großen Mehrheit des deutschen Volkes an gefährliche Experimente aller Art, ohne seine innere Bereitschaft, nach zwei verlorenen Kriegen Weltmachtträumen den Abschied zu geben, und ohne seine seine überzeugende Entschlossenheit, hinfort keinen anderen als den Rechtsstaat zu ertragen, wäre unserer Außenpolitik der Erfolg versagt geblieben. Das Bündnis-system, in dem wir uns befinden, ist das folgerichtige Ergebnis jener ideenpolitischen Selbstbestimmung, die der damalige Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, vor nahezu zehn Jahren vor einem internationalen Forum in Bern für das besiegte deutsche Volk zu Recht in Anspruch genommen hat. Unsere Übereinstimmung mit den Völkern, die entschlossen sind, den freiheitlichen Rechtsstaat gegen die unerhörten

Gefahren unserer Zeit zu verfechten, ist gerade darum tief und fest begründet. Diese Übereinstimmung wird dadurch nicht beeinträchtigt, daß unsere Staatsordnung und unser Gesellschaftsbild ihre eigenen Züge tragen. Im Fundamentalen und Elementaren stimmen wir mit allen anderen freiheitlichen Rechtsstaaten voll überein. Das gilt nicht nur vom Geist und Gehalt unserer Verfassung, sondern auch von der Moral, mit der diese Verfassung praktiziert wird. . .

Die Bundesrepublik und ihr Grundgesetz sind auch nach unserem Willen ein Provisorium, ein Übergang, an dessen baldige Ablösung durch eine neue in ganz Deutschland gültige Reichsverfassung wir unsere ganze Kraft setzen. Aber die fundamentalen sittlichen, rechtsstaatlichen und gesellschaftspolitischen Überzeugungen, die im Grundgesetz niedergelegt sind und unsere Staatsordnung tragen, sind für uns keineswegs beliebig auswechselbar. Wir sind daher bei aller Bereitschaft für die zeit- und sachgerechte Weiterbildung unserer Staats- und Gesell-

schaftsordnung doch in keiner Weise bereit, uns davon etwas, z. B. zugunsten der sogenannten sozialistischen Errungenschaften, abhandeln zu lassen. Es mag sein, daß es bei der SPD Leute gibt, die in dieser Sache kompromißbereit sind; vielleicht weil sie damit ebenso der Wiedervereinigung wie dem Restbestand des Marxismus zu dienen meinen. Wir werden dem mit Bestimmtheit widerstehen, denn wir halten es für eine gefährliche Illusion, die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen in einem Kompromiß zwischen den Grundsätzen des freiheitlichen Rechtsstaates und dem kommunistischen Gesellschaftsbild. Es mag sein, daß mit der Ablehnung solcher Kompromisse die Chancen der Wiedervereinigung nicht wachsen. Aber wer hält es nach den Erfahrungen, die wir hinter uns haben für möglich, noch einmal die Systeme der Freiheit und der Knechtschaft in Deutschland so zu mischen, daß das deutsche Volk damit glücklich wird?

Gewiß ist, daß wir Bundesrepublikaner, jedenfalls aber wir, die CDU Deutschlands, weder über die Staatsordnung noch über unser eigenes Gesellschaftsbild nachdenken dürfen, ohne uns dabei bewußt zu sein, daß beides stillschweigend im Ganzen und Grundsätzlichen auf ganz Deutschland hingedacht werden muß. Unsere Vorstellungen von der Staatsordnung der Deutschen und von unserem eigenen Gesellschaftsbild müssen von der Qualität, Exaktheit und Großzügigkeit sein, daß sie gerecht zu werden vermögen dem Bedürfnis des ganzen deutschen Volkes, in einer gesicherten freiheitlichen Rechtsordnung zu leben. An einem international anerkannten Maßstab ausgedrückt: Eine zukünftige deutsche Reichsverfassung und eine gesamtdeutsche Gesellschaftsordnung müssen sich in tatsächlicher und nicht nur in nomineller Übereinstimmung befinden mit der Charta der Vereinten Nationen. Mehr als die in dieser Charta auch von der sowjetrussischen Regierung feierlich anerkannten Rechte und Freiheiten beanspruchen auch wir Deutschen für die Weiterentwicklung und Durchgestaltung unserer deutschen Staatsordnung und unseres Gesellschaftsbildes nicht. Aber wir beanspruchen auch kein Jota weniger.

## II.

Der junge Wilhelm v. Humboldt hat sich unter dem Eindruck der französischen Revolution mit den Aufgaben und Grenzen des Staates befaßt. Die Schrift ist auch heute noch im Zeitalter des modernen Sozialstaates und der totalitären Systeme ungewöhnlich anregend. Humboldt kam zu dem Ergebnis, daß sich der Staat „aller Sorgfalt für den positiven Wohlstand der Bürger“ enthalten und sich lediglich auf ihren Schutz vor inneren und äußeren Feinden beschränken solle. „Zu keinem anderen Zwecke beschränke er ihre Freiheit.“ In den Ohren unserer Zeit ist das ein Sakrileg. Indessen hat dieser humboldtsche Staatsbegriff den politischen Liberalismus fast ein Jahrhundert in Atem gehalten. Friedrich Naumann erst hat — getragen vom Strom der Zeit — eine neue Epoche des Liberalismus dadurch heraufgeführt, daß er diesen liberalen Staatsbegriff mit den Realitäten der modernen Geschichte verband: dem nationalen und dem sozialen Gedanken. Lange vor Naumann waren jedoch die sozialkonservativen Energien aus dem katholischen wie aus dem protestantischen Lager in der Gesellschafts- und Staatspolitik des Reiches wirksam geworden. Mehr als die sozialistischen Ideen des 19. Jahrhunderts sind sie die Wegbereiter des heutigen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft geworden.

Die moderne Staatsauffassung hängt ab von dem Gesellschaftsbild, dem die Mehrzahl seiner Bürger zufällt. Die Gestalt und Ordnung des Staates werden von diesem Gesellschaftsbild her entweder bestätigt oder in Frage gestellt. Die Staatsordnung der kommunistischen Staaten oder des Faschismus folgte der kommunistischen oder faschistischen Vorstellung von der Gesellschaft, ebenso

wie die Staatsordnung der demokratischen Staaten der Idee der Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit, und mehr und mehr auch dem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit entspricht.

Wir treten damit vor das Kernproblem, dem sich auch unsere innere Politik seit Jahr und Tag stellen muß. Das Grundgesetz gibt der Bundesrepublik auf, ein sozialer Rechtsstaat zu sein. Aber was heißt das? Heißt das, daß der Staat über die Rechtssicherheit hinaus auch die soziale Sicherheit jedes Bürgers gewährleisten muß, und daß der Bürger nicht nur einen verbrieften Anspruch auf Schutz für Leib und Leben, Hab und Gut, Ehre und Freiheit an den Staat, sondern daß er auch einen verbürgten Anspruch auf die Sicherung seiner materiellen und sozialen Existenz an die im Staat präsente Allgemeinheit hat?

Die Lage, in der wir uns heute im freien Teil Deutschlands befinden, hat sich in den letzten Jahren immer schneller der gesellschaftspolitischen Situation in den anderen Ländern des freien Europas angeglichen. Selbst die gravierenden Tatbestände, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben, das immer neu zu bewältigende Flüchtlingsproblem und die fortgesetzte Provokation des ganzen deutschen Volkes durch Ulbricht und Genossen — selbst dieser nationale Notstand Nr. 1 hat unsere rasche wirtschaftliche und gesellschaftliche Angleichung an die freien Völker nicht zu verhindern vermocht. Im Gegenteil: Die Massierung des weitaus größeren Teils des deutschen Volkes auf der restlichen Hälfte seines Volkbodens, der einstweilige Verlust seiner landwirtschaftlichen Hauptgebiete hat den ohnehin im rasanten Fortschritt befindlichen Industrialismus in Deutschland noch gefördert. Die Bundesrepublik ist im Guten wie im Bösen, d. h. mit allen Vorteilen und Nachteilen, ein moderner Industriestaat im internationalen Wettbewerb geworden, mit allen gesellschaftspolitischen Problemen, die einem solchen eigen sind. Dabei handelt es sich keineswegs nur um Fragen der Wirtschaftsgestaltung und der Sozialpolitik, sondern ebenso um Grundfragen unserer Kulturpolitik. Ist es um Schmutz und Schund geschehen, seitdem die sogenannte Lex Soraya entrüstet abgelehnt und dafür die Selbstreinigung der Presse gelobt wurde? Und wer kann behaupten, daß unser Schul- und Ausbildungswesen im Ringen mit dem wachsenden Lehrstoff zu jener harmonischen Gelassenheit gelangt wäre, die für die Erziehung und Menschenbildung weit wichtiger ist als alle Stoffpaukerei? Damit ist nur flüchtig auf zwei Gebiete hingewiesen, die uns ernste Sorgen bereiten. Unsere Sozialpolitik befindet sich seit Jahr und Tag auf einer Gratwanderung. Sie braucht unser aller Zielklarheit und charaktervolle Beständigkeit, um mit den Gefahren fertigzuwerden, die ihr aus steigenden Ansprüchen bei wahrscheinlich sinkender Leistungsbereitschaft erwachsen.

Ich gehöre nicht zu denen, die alle sozialpolitischen Entscheidungen, die wir in Bund, Ländern und Gemeinden zu vertreten oder mitzuvertreten haben, für schlechterdings geglückt halten. Aber ich gehöre mit der ganzen CDU Deutschlands zu denen, die willens sind, Deutschland als einen sozialen Rechtsstaat durchzugestalten. Daß es uns damit ernst ist, das haben wir in diesen Jahren des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaus wahrhaftig bewiesen. Wir haben die Rechtsansprüche derer, die im besonderen die Last des verlorenen Krieges tragen, ehrlich und redlich honoriert. Wir sind mit den Kriegsoferrenten, mit dem Lastenausgleich, mit der Wiedergutmachung nicht hinter dem zurückgeblieben, was wir verheißen haben. Wir haben die Verpflichtungen aus Art. 131 GG erfüllt, und wir sind dabei, auch dort, wo es uns schwer fiel, um des Rechtes willen so weit als möglich gegangen. Wir glaubten allerdings, auch nicht weniger an die denken zu sollen, die heute alt, krank oder arbeitsunfähig von den Erträgen einer blühenden Wirtschaft ausgeschlossen wären, wenn ihnen nicht von Staats wegen unter die Arme gegriffen würde. Die 4,8

Am 14. September ist der

Hamburger Landesbischof

## Professor D. Dr. Volkmar Hertrich

aus diesem Leben abberufen worden.

In tiefer Trauer gedenken wir seiner als einer führenden Persönlichkeit unserer Evangelischen Kirche in Deutschland. Durch Wort und Tat hat er in beispielhafter und überzeugender Weise den Auftrag und die Verantwortung des evangelischen Christen im öffentlichen Leben deutlich gemacht.

Sein Name und sein Werk bleiben unvergessen.

Im Namen des

EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CDU/CSU

Dr. Gerhard Schröder

Bundesminister des Innern

Milliarden, die wir dafür jährlich im Bundeshaushalt aufwenden müssen, reuen uns nicht.

Was wir jedoch mit Sorge beobachten, ist, daß diese gewaltigen sozialen Leistungen in nicht wenigen Teilen unseres Volkes nicht nur Zufriedenheit, sondern auch steigende Ansprüche zur Folge haben. Weder die alten Sozial-Konservativen noch der von Naumann zur Idee des Sozialstaates bekehrte Liberalismus haben das vorausgesehen. Es gibt Erscheinungen in unserem öffentlichen Leben, die vor allem diejenigen betroffen machen, die sich von dem klassischen Liberalismus Wilhelm von Humboldts — Jeder ist seines Glückes Schmied! — zur Bejahung des sozialen Rechtsstaates durchgerungen haben. Sollten sie, sollten wir gegen uns selbst Humboldt gelten lassen müssen: „Noch mehr aber leidet durch eine zu ausgedehnte Sorgfalt des Staates die Energie des Handels überhaupt und der moralische Charakter. Dies bedarf kaum einer weiteren Ausführung. Wer oft und viel geleitet wird, kommt leicht dahin, den Überrest seiner Selbsttätigkeit gleichsam freiwillig zu opfern. Er glaubt sich der Sorge überhoben, die er in fremden Händen sieht, und genug zu tun, wenn er ihre Leistung erwartet und ihr folgt. — Damit verrücken sich seine Vorstellungen von Verdienst und Schuld.“

Es ist verständlich, daß auf einen Zwangs-Staat, der alles fordert, alles lenkt und alles nimmt, mit stillen Protesten und Fluchtversuchen und schließlich mit der Apathie des eigenen Gewissens geantwortet wird. In unserem Staat der Freiheit, in dem nichts leichter ist, als eindrucksvolle Forderungen zu stellen, schafft sich diese Apathie in dem massiven Anspruch auf generelle Existenzsicherung — nicht nur Rechtssicherung — durch den Staat ihren Ausdruck. Sie tut es freilich nur, weil es den müden Gewissen zuvor so suggeriert wurde, sei es von Ideologen, sei es von bloßen Opportunisten. Aber wie auch immer: die Frage ist gestellt, ob der soziale Rechtsstaat seinen Bürgern das letzte Risiko der wirtschaftlichen, der sozialen Existenz abnehmen muß, indem er schließlich jedem ohne Ansehen seiner Leistungen oder seines Leistungsvermögens soziale Sicherheit garantiert.

Bis jetzt steht unsere Sozialpolitik ebenso wie unsere Kulturpolitik auf zwei grundlegenden Voraussetzungen:

1. Die Sozialleistung des Staates steht und fällt mit der wirtschaftlichen Leistung des Volkes. Wir sind keine Zauberer und können deshalb nur ausgeben, was wir uns selbst und anderen, die es auch erst verdienen mußten, abgenommen haben. Wir lehnen es ab, mit irgendwelchen Kunststücken anderer Art die Sozialleistungen zu verbessern, denn jede Entwicklung in der Richtung auf eine neue Inflation gefährdet nicht nur den Wert, sondern auch die Grundlage der sozialen Leistung, weil sie eine unvermeidbare Gefährdung unserer Wirtschaftsordnung ist, unserer Währung und unserer Gesellschaftsordnung ist. Davon wissen wir zweimal gebrannten Kinder doch schließlich etwas!
2. Die Sozialleistung setzt die persönliche Eigenleistung voraus und bleibt an sie gebunden. Mit diesem Grundsatz setzen wir uns entscheidend ab von dem neosozialistischen Lieblingsgedanken des Versorgungsstaates. Sein Rezept ist es, den Arbeitsertrag des einzelnen von Staats wegen in so hohem Maße in Anspruch zu nehmen, daß aus dem gemeinsamen Topf, in den er eingebracht werden soll, eine gleichmäßige Befriedigung der Existenzbedürfnisse aller Staatsbürger ermöglicht wird. Das ist der hochmoderne, friedliche Weg zur Erreichung eines alten marxistisch-sozialistischen Zieles, nämlich der klassenlosen Gesellschaft in einem sozial-egalitären Massenstaat.

Es ist keine Frage, daß es dieser Zielstellung gegenüber heute in Deutschland nur ein Entweder-Oder gibt. Ob sich der Liberalismus an Naumann oder Humboldt orientiert, ob in der CDU die Sprecher des Mittelstandes oder der Sozialausschüsse das Wort nehmen: in dieser Sache waren und sind sie einer Meinung. Auch wer so wie wir mit aller Kraft die gesellschaftliche Verbindung von Arbeiterschaft und Bürgertum fördert, und wer so vollständig fertig ist mit dem alten Klassen- und Standesbewußtsein wie wir, auch der wird mit dem egalitären Massenstaat auf gespanntem Fuße leben. Wir tun es, weil wir die seelisch-geistigen Folgen der Vermassung, ihren Angriff auf die Selbständigkeit und Eigenverant-

wortung des Menschen, auf seinen Personkern für ebenso verheerend halten, wie die Einebnung aller Strukturprofile der Gesellschaft. Und wir sind keine Fatalisten, die des Glaubens sind, daß diese Einebnung der sozialen Gliederung, diese Abwürgung der gesellschaftlichen Individualität und diese Rückbildung persönlicher Initiative und Risikobereitschaft das unvermeidliche Ergebnis der modernen Industriegesellschaft sein müßten. . .

### III.

. . . Die Arbeitsdisziplin und die Arbeitsmoral unseres Volkes haben den Wiederaufbau ermöglicht. Sinken sie ab, wird uns auch nichts vor dem wirtschaftlichen und sozialen Absinken retten.

Ich sage noch einmal, was ich vor dem Parteitag in Hamburg letztes Jahr gesagt habe: daß wir in allem wesentlichen die Grenzen des sozialen Rechtsstaates erreicht haben. Wir haben keinen großen Spielraum mehr. Treten wir über ihn hinaus, so besteht die Gefahr, daß wir kopfüber in das Gesellschaftskonzept des modernen Sozialismus stürzen. Er weiß nichts anderes, als durch die weitere Ausdehnung der Staatskompetenzen die egalitäre Massengesellschaft zu organisieren, die persönliche Leistung zu belasten durch die Wegnahme des größeren Teils ihres materiellen Ertrags zugunsten der Staatsgesellschaft. So wird die soziale Existenz des Bürgers im wesentlichen auf den Staat gegründet. Es ist nur konsequent, daß der so gesicherte Bürger dann auch vom Staat kontrolliert und abhängig wird. Selbstverständlich kann man diesen gleichen Text auch verführerisch vertonen. Aber dadurch ändert sich am Tatbestand selbst nicht das mindeste.

Wir haben es hundertmal gesagt, daß und warum wir das nicht wollen. Ich fasse es in den einen Satz zusammen: Wir von der CDU glauben, daß, weil der Mensch zur Freiheit berufen, mit eigenem Gewissen und eigener Verantwortung ausgestattet ist, er weder vom Staat noch von der Gesellschaft mediatisiert und bewirtschaftet werden darf. Das apostolische Gebot: „Einer trage des andern Last“ ist ein verpflichtender Anspruch an unsere Gesinnung und unser Gewissen, aber es ist keine Zwangsparole, mit deren Hilfe aus einer Vielfalt von Begabungen, Leistungen und Charakteren eine uniforme, von staatlichen Befehlsständen aus dirigierte unfreie Masse gemacht werden darf. . .

Wir haben gegen die sozialistische Gesellschaftspolitik weiterhin dies, daß sie, auch soweit sie dem klassischen Marxismus abgesagt hat, nicht begreiflich zu machen vermag, wie sie die Wirtschaft als freie Wirtschaft funktionsfähig erhalten und den Schutz des Arbeitsertrages gegenüber den gesteigerten Ansprüchen der öffentlichen Hand im Versorgungsstaat wirksam machen will. Ich glaube, daß die Wahlen der letzten Jahre gezeigt haben, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft nicht nur die Kernfragen unserer Außenpolitik begriffen hat, sondern auch, worum es in unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik eigentlich geht. Ich glaube, es ist begriffen, daß die von uns vertretene entschiedene Wertung der persönlichen Leistung und der weitgehende Schutz des Leistungsertrages die einzige solide Grundlage für den weiteren Aufstieg des deutschen Arbeiters ist. . .

Im Mai 1955 hat sich der Bundeskanzler ein Gutachten führender Sachverständiger über die „Neuordnung der sozialen Leistungen“ erstellen lassen. Es heißt darin:

„In der modernen Wirtschaftsgesellschaft muß dem einzelnen der Zusammenhang zwischen seiner wirtschaftlichen Leistung und seinem Einkommen bewußt werden. Der soziale Fortschritt kann nicht darin gesehen werden, daß immer weitere Teile der Existenzsicherung dem Staat übertragen werden. Es muß auf die Dauer das Ziel sein, ein Höchstmaß persönlicher Eigenständigkeit für alle herbeizuführen und zu erhalten.“

Es ist nicht einzusehen, wie es ohne die strikte Befolgung dieses Gutachtens weiter zu der Neubildung und Streuung von Eigentum kommen kann, für die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 29. Oktober 1957 nachdrücklich eingetreten ist. Wer „Eigentum für alle“ sagt, der muß eben selbstverständlich auch von allen eine angemessene Leistung verlangen, und er muß diese Leistung schützen vor dem Zugriff der öffentlichen Hand, das heißt, er darf dem Staat nur geben, was dieser unbedingt braucht. Das aber muß sein!

### IV.

Wer „Eigentum für alle“ sagt, kündigt noch einer anderen bedenklichen Erscheinung in der modernen Wirtschaftsgesellschaft Widerstand an:

„Wir wollen nicht, daß schließlich bei immer größerer Konzentration der Wirtschaft zu Großbetrieben das Volk aus einer kleinen Schicht von Herrschern über die Wirtschaft und einer großen von Abhängigen besteht. Wir brauchen unabhängige mittlere und kleine Existenzen in Handwerk, Handel und Gewerbe; wir brauchen das gleiche in der Landwirtschaft und wir brauchen die anderen freien Berufe.“

Dieser Satz gegen die fortschreitende Wirtschaftskonzentration stammt aus derselben Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom Oktober 1957. . .

Fragt man uns, welche Absicht, welcher Leitgedanke denn einer solchen Wirtschafts- und Sozialpolitik zugrunde liege, so können wir darauf kurz und bündig antworten, daß die CDU das Gesellschaftsbild eines konsequenten Personalismus vertritt. Das ist etwas anderes, als den Egoismus im Staate Trumpf sein zu lassen. Wir müssen deshalb bereit sein, daraus auch unbequeme Konsequenzen zu ziehen. Wenn ich von hier aus auf die politischen Kampffronten blicke, so komme ich zu dem Ergebnis, daß, von nicht sehr belangreichen kleinen Gruppen und von Nuancen abgesehen, wir uns heute ideenpolitisch in einem Zweiparteiensystem befinden, denn die parlamentarischen Traditionsträger des politischen Liberalismus können sich — wenn sie sich nicht vollständig aufgeben wollen — nur mit uns und nicht gegen uns zu einem personalistischen Bild des sozialen Rechtsstaates bekennen. Dieses Bild steht im klaren Gegensatz zu dem egalitären Gesellschaftsbild des deutschen Reformsozialismus, geschweige gar zu dem des herkömmlichen Marxismus. . .

### V.

Es ist alles andere als ein Verhältnis selbstverständlicher Harmonie, das zwischen unserem Gesellschaftsbild und Staatsverständnis und dem Gedanken an Staatsubventionen besteht. . . Auch unsere Subventionen stehen auf dem Grundsatz der Subsidiarität, der Hilfe zur Selbsthilfe, die unsere ganze staatliche Sozialpolitik beherrscht. Mit all seinen sozialen Leistungen und Subventionen übernimmt unser sozialer Rechtsstaat keine Garantie für die soziale Existenz seiner Bürger oder einzelner Gruppen von ihnen — es sei denn für die, die einen klaren Rechtsanspruch an den Staat haben oder die in unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit auf seine Hilfe angewiesen sind. Der soziale Rechtsstaat und der sozialistische Versorgungsstaat unterscheiden sich dadurch, daß im sozialen Rechtsstaat der einzelne das Risiko seines Lebens und seiner Existenz übernehmen und — was ebenso wichtig ist — auch behalten muß. Im Versorgungsstaat wird ihm dieses Risiko zwar vom Staat abgenommen, aber dafür tritt der einzelne unter die Bewirtschaftung des Staates und seiner Kontroll- und Exekutivorgane in einem Umfang und in einer Weise, wie wir das nicht wollen. Im sozialen Rechtsstaat greift nach dem Subsidiaritätsprinzip der Staat hilfsweise ein, im sozialistischen Versorgungsstaat soll der einzelne vom Staat bekommen, was er braucht, aber da-

für hat er dem Staat zu leisten, was er vermag. Ich kann nicht einsehen, wie ein solcher „Taschengeldstaat“ (Röpke) eine Verheißung oder auch nur ein Ansporn zu sein vermöchte für den aufstrebenden leistungsfähigen deutschen Arbeiter, von anderen zu schweigen.

## VI.

Im Jahre 1896 schrieb Friedrich Naumann in seiner Zeitschrift „Hilfe“:

„Was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen? Wer innere Politik treiben will, der muß erst Volk, Vaterland und Grenzen sichern; er muß für nationale Macht sorgen. Hier ist der schwächste Punkt der Sozialdemokratie.“

Wir haben in den vergangenen acht Jahren dieselben Erfahrungen gemacht. Nach dem jahrelangen bloßen Nein gegen unsere Politik der Sicherung Deutschlands hat sich die Führung der deutschen Sozialdemokratie unter dem Druck der weltpolitischen Entwicklung zu einer mittleren Linie entschlossen. Aber als sie damit nach langem Ringen in den eigenen Reihen ihren Widerstand gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands aufgab, da erwies es sich, daß die militärische Sicherung Deutschlands auf uns allein gestellt unmöglich ist, gleichgültig ob eine aus der NATO gelöste Bundeswehr mit Atomwaffen ausgestattet würde oder nicht.

Ich möchte damit lediglich auf den zwingenden inneren und äußeren Zusammenhang hinweisen, der zwischen sozialer Sicherheit und der gesicherten Rechtsordnung des Staates besteht. Die deutsche Geschichte der letzten fünfzig Jahre ist ein einziges Beispiel dafür, daß auch ein geklärtes Gesellschaftsbild und eine ideal entworfene Staatsordnung unfruchtbar bleiben, wenn das in der heutigen Welt nun eben einmal unerläßliche Maß von äußerer Sicherheit nicht erreicht werden kann. Die Folge ist jene Unsicherheit, die über allem hängt und jedem von uns bekannt ist. Wer spart, wer investiert, wer baut denn, wenn er ernstlich befürchten muß, daß morgen die Kosaken kommen; und wer leistet denn etwas, wenn er damit rechnen muß, daß die vielleicht schön formulierte, aber schwächliche Staatsordnung ihm morgen über dem Kopf zusammenbricht. Mit anderen Worten: Die soziale Sicherheit verlangt gebieterisch die Rechtssicherheit in der auch nach außen gesicherten Staatsordnung.

Das hat nun gar nichts mit übertriebenem Sicherheitsverlangen zu tun, aber sehr viel mit den ca. 6 Millionen neuer Arbeitsplätze in der Bundesrepublik. Es ist merkwürdig, daß dieselben Leute, die auch den letzten Rest von Wagnis und Risiko im Existenzkampf des einzelnen durch ein überperfektes System von Staatsgarantien abschließen möchten, dort, wo es sich um die unerläßliche Existenzsicherung der Nation selbst handelt, uns mit ihren Träumen und Ängsten Risiken zumuten, die kein Staatsmann eingehen und keine Verantwortung tragende Partei aufgreifen darf.

Die Leitidee unseres christlich-sozialen Gesellschaftsbildes ist nicht „der Einzige und sein Eigentum“, um Stirners Parole zu nehmen, sondern es ist die auf eigenen Füßen stehende verantwortungsbewußte Persönlichkeit in der gegliederten und geordneten Gemeinschaft. Das heißt, daß die Freiheit, die wir meinen, nicht die Freiheit des Dschungels ist, wo der Starke den Schwachen frißt, oder feiner: wo der Großverband den einzelnen bewirtschaftet. Unser Gesellschaftsbild verlangt, daß unsere Staatsordnung in einem so verlässlichen und intensiven Sinne Rechtsordnung ist, daß sie jedem eine verbürgte Chance gibt, aus sich und seiner Leistungsfähigkeit das Beste zu machen. Unser Gesellschaftsbild verlangt ebenso, daß der einzelne und seine Bedürfnisse dabei nicht absolut gesetzt, sondern in einen vertretbaren Einklang gebracht werden mit der nun einmal nicht abwälzbaren Last der Gemeinschaft. Wir können und werden uns niemals einfallen lassen, über der energischen Betonung der

Eigenständigkeit und Selbstverantwortung die soziale Mitverantwortung des einzelnen zu bagatellisieren oder außer Sicht kommen zu lassen.

Mit aufrichtiger Genugtuung haben wir in den vergangenen Monaten verfolgt, wie sich die repräsentative Demokratie des Grundgesetzes im Kampf um die Volksbefragung gegen ihre Abwürgung zugunsten der plebiszitären Demokratie durchgesetzt hat. Die repräsentative Demokratie mit ihrem ausgeprägt personalistischen Begriff des parlamentarischen Mandats entspricht dem moralischen Niveau und Rechtscharakter unseres Gesellschaftsbildes weit mehr als jede Art von plebiszitärer oder parteienstaatlicher Demokratie. Als eine rechtsstaatlich gesonnene Partei sind wir ohnehin zum Schutz der Verfassung verpflichtet. Aber darüber hinaus sind wir dazu auch von unserem Gesellschaftsbild her angehalten. Dazu muß notfalls auch von den Machtmitteln des Staates ein zwar genau verantworteter, aber energischer Gebrauch gemacht werden. Dies gilt nicht nur im Blick auf die Sicherheitsorgane des Staates, sondern z. B. auch im Blick auf die anstehende Reform des Strafrechts. Wir sind jedenfalls nicht bereit, uns eines Tages dieselben oder ähnliche Vorwürfe machen zu lassen, wie sie die Weimarer Republik leider nicht von der Hand weisen kann.

Wichtiger aber als Polizei und Staatsanwalt scheint mir in diesem Zusammenhang das richtige Verhältnis unserer Partei und der Öffentlichkeit zum parlamentarischen Mandat zu sein. Unsere Staatsordnung ist die der parlamentarischen und nicht die der präsidentialen Demokratie. Das verpflichtet die politischen Parteien, denkbar gewissenhaft bei ihrer Kandidaten-Auswahl zu verfahren. Auch dabei müssen Leistung, Eignung und Gewissen — jedenfalls bei uns in der CDU — ausschlaggebende Bedeutung haben. Das folgt zwingend aus unserem Gesellschaftsbild. Die Führung des Staates und damit unser Schicksal steht nach menschlichem Ermessen darauf, von welcher moralischen und leistungsmäßigen Qualität die Träger der parlamentarischen Mandate sind. Ich möchte mich hier auf zwei unmittelbar zu unserem Thema gehörige Bemerkungen beschränken:

1. Es ist ein Irrtum zu meinen, daß wir es geschafft haben, wenn wir im Bundestag oder in anderen Parlamenten die absolute Mehrheit erlangen. Bei dem Trend zum Zwei-Parteien-System ist das notwendig. Aber die damit verbundene Verantwortung verpflichtet uns erst recht, alles zu tun, um unsere Fraktionen so gut als irgend möglich zu besetzen. Das aber liegt in erster Linie in der Hand der Kreisorgane unserer Partei. Auf ihnen lastet damit die volle Verantwortung für das Niveau und die Leistungsfähigkeit der Fraktionen. Schon aus diesem Grunde müssen unsere Kreisorgane denkbar ernst genommen und gut besetzt werden.
2. Noch ernster genommen werden aber muß das Mandat als solches. Der Artikel 38 des Grundgesetzes ist Geist von unserem Geist. Aber auch, wenn er es nicht wäre, würde er von uns unbedingten Respekt verlangen, denn unser Gesellschaftsbild trägt nicht die Vorstellung, daß die Ordnung und das Schicksal unseres Staates in der Hand „fern-gelenkter“, aus anonymen Bereichen gesteuerter Leute liegt. Wir haben niemals den Sinn und das Recht der außerparlamentarischen Interessenverbände bestritten. Aber wir haben darauf bestanden, daß sie sich den Staat nicht untertan machen dürfen. Eine politische Partei, jedenfalls die CDU Deutschlands, darf weder eine Interessengruppe noch eine Koalition solcher Gruppen sein. Selbstverständlich gibt es auch bei uns ständische Berufsgruppen, die legitimerweise das vertreten, was ganzen Schichten unseres Volkes not tut. Die Aufgabe der Partei aber ist es, nicht nur auf solche berechtigten Forderungen zu hören, sondern diese Forderungen zu bändigen, d. h. sie ihren politischen, auf das Wohl des ganzen Volkes bezogenen Zielen unterzuordnen. Wer sich das nicht gefallen lassen will, der ist bei uns fehl

am Platze. Denn wir schicken nicht Delegierte von Interessengruppen, sondern Mandatsträger des Volkes in das Parlament, die nach ihrer eigenen Einsicht und ihrem eigenen Gewissen dem Wohl des ganzen Volkes verpflichtet sind.

Das Dilemma, in dem sich der deutsche Föderalismus, um damit einen dritten und letzten Punkt anzusprechen, seit einiger Zeit befindet, hat mit unserem Thema etwas Wesentliches zu tun. Der deutsche Föderalismus will seiner Herkunft nach eben keineswegs nur das Organisationsproblem des deutschen Nationalstaates lösen, sondern er ist von dem Gedanken inspiriert, ehemals selbständige deutsche Staaten in einem dauerhaften Bund zu vereinen. Ich sehe hier ab von der geschichtlichen Frucht, die unserem Föderalismus damit bis heute aufgebürdet ist. Sein Dilemma scheint mir darin zu bestehen, daß die so betrachtete föderalistische Idee auf eine gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Situation stößt, die in allem Wesentlichen einheitlich geworden ist. Schon die innere und äußere Bewältigung dessen, was die Deutschen gemeinsam erlebt und erlitten haben, zwingt in Schleswig-Holstein wie in Bayern vor dieselben Fragestellungen und Lösungen. Für die Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit der Länder bleibt damit gerade in den vitalen gesellschaftspolitischen und allgemein politischen Lebensfragen wenig oder kein Spielraum mehr. Lastenausgleich, Rentenreform, Wirtschaftspolitik und Sicherheit können eben nicht in jedem Land gesondert gemacht werden. Spätestens die Existenz einer ständigen Konferenz der Kultusminister weist aber auch auf das Problem im Bereich der Kultur.

In der in allen Ländern der Bundesrepublik tatsächlich gleichgearteten nationalen Gesellschaftsproblematisierung und ihren zwangsläufigen Konsequenzen sehe ich das Dilemma des deutschen Föderalismus heute. Ich spreche nicht deshalb davon, weil ich der Meinung bin, daß die Kompetenzen der Länder weiter zugunsten des Bundes beschnitten werden sollten. Im Gegenteil, was immer bei den Ländern besser, konkreter, das heißt menschlich und sozial angemessener behandelt und entschieden werden kann als beim Bund — ab zu den Ländern! Was aber gebieterisch nach einer einheitlichen für den ganzen Bund verbindlichen Lösung schreit, sollte ohne Kompetenz- und Verfassungskonflikte in vernünftiger Vereinbarung neu geregelt werden. Ein Beispiel ist die Frage der Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen. Ich unterstütze diese Vorschläge, weil sie mir staatspolitisch notwendig erscheinen.

Max Weber, dessen großes Vermächtnis uns der Herr Bundespräsident mit der Neuausgabe der politischen Schriften Webers soeben wieder nahebrachte, hat einmal gesagt: „Es ist Glaubenssache, wie die Sache auszusehen hat, für die die Macht erstrebt wird in der Politik.“ Webers Freund Friedrich Naumann hat dazu

kurz und bündig gemeint: die vornehmste Aufgabe der Politik sei es, aus Massen Menschen zu machen.

Wenn wir, die CDU Deutschlands, dasselbe sagen, dann kommt diese Antwort nicht aus einer verträumten Liebe zu idyllischen Zuständen, sondern aus dem Gefühl der Mitverantwortung für den Menschen in einem Jahrhundert, das trotz gewaltiger Blutverluste eine Vervielfachung der Bevölkerungszahl der Erde bringen wird. Unsere Gesellschaftspolitik verlangt nicht die Restauration vergangener Zustände. Sie verlangt eine eigene, unserer Zeit angemessene gesellschaftsgestaltende Leistung. Der Wandel der Gesellschaft entstammt nicht der Lust und Laune unruhiger Gesellen. Er gehört zum Wellenschlag der Geschichte. Auch wenn es anders aussieht, glauben wir doch mit der Christenheit der ganzen Erde, daß sich die Geschichte mit dem Menschen nicht in sinnlosem Wirbel dreht, sondern, vom Atem Gottes getragen, einem großen Ziele zustrebt. Wir sind gerade deshalb mehr als andere, denen dieser Horizont des persönlichen und politischen Wirkens fehlt, davor geübt, am unhaltbar Gewordenen zu kleben. Wir greifen in das Morgen, wenn wir zu dem stehen, was im Wandel der Staatsordnungen und Gesellschaftsformen gültig bleibt, weil es, auf die wahre Berufung des Menschen gegründet, ewige Geltung hat.

Das ist kein seltsamer Ausflug in die Metaphysik, sondern das ist eine legitime, vielleicht sogar notwendige Erinnerung daran, in welchem Sinne die CDU eine christliche Partei ist. Die armen Leute, die in dem C unseres Namens nur einen gerissenen Trick politischer Propaganda sehen, werden mit diesem Hinweis wahrscheinlich nichts anzufangen wissen. Die anderen aber, denen das neumodische Zitieren von Bibelstellen und kirchlichen Autoritäten im politisch-parlamentarischen Kampf verdächtig, ja zuwider ist, mögen aus diesem inneren Begründungszusammenhang unseres politischen Wirkens ersehen, inwiefern wir uns guten Gewissens eine christliche Partei nennen. Wir tun das, auch wenn wir von keinem unserer Gefährten, unserer Wähler und Freunde jemals verlangen werden, daß er sich damit zu einer seiner persönlichen Überzeugung und inneren Einstellung fremden Aussage veranlaßt sehen soll.

Dieser Umriß kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Aber ich hoffe, etwas davon sichtbar gemacht zu haben, auf welche geistigen Grundlagen die CDU Deutschlands ihr Gesellschaftsbild und die von ihr verfochtene Staatsordnung gründet. Es ist weder die Philosophie des materiellen Standards noch die Technik der Machtbehauptung, sondern es ist die Konsequenz aus einer in die Tiefen unseres persönlichen und nationalen Lebens greifenden Erfahrung, die wir mit unserer deutschen Geschichte gemacht haben. Als eine freie, verantwortungsbewußte und kampferprobte Gemeinschaft werden wir ihr in die Zukunft hinein die Treue halten.

## GEMEINSAME POLITISCHE VERANTWORTUNG AUF CHRISTLICHER GRUNDLAGE

von Ministerpräsident Kai-Uwe v. Hassel  
Stellvertretender Vorsitzender der CDU

... In einem Land, in dem jeder dritte Bürger aus unseren Ostgebieten stammt, dessen Geschichte der letzten dreizehn Jahre geprägt ist von der Not, dem Elend der Vertriebenen, der Flüchtlinge, der Spätheimkehrer, der Spätaussiedler, ist die Überzeugung Allgemeingut, daß das oberste Anliegen aller zu sein hat — ob Politiker oder Wirtschaftler, ob Bauer oder Handwerker, Arbeiter oder Unternehmer, ob Katholik oder Protestant, ob Einheimischer oder Vertriebener:

1. die Wiedervereinigung aller Teile unseres zerrissenen Vaterlandes;
2. die ständige menschliche, persönliche Verbindung zu den Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs.

... Zur Frage der Wiedervereinigung gehört aber auch, daß man sich um alle die Brüder und Schwestern kümmert, die aus unseren Ostgebieten und all den Teilen der Welt vertrieben wurden, in denen sie ansässig

waren. Sie einzugliedern, sie einzuordnen ist nicht nur ein menschliches, ein christliches, sondern auch ein unerhört politisches Problem. Dieses Land hat versucht, allen Heimat zu geben, die an den Strand unseres Landes geworfen wurden, allen, soweit sie nicht selbst in andere Länder weitergezogen sind, und solange, bis sich nach der Wiedervereinigung das Tor wieder in die alte Heimat öffnet, die nicht nur angestammt ist, sondern die von den Vorfahren der hier hereingekommenen Landsleute selbst besiedelt, erschlossen, kultiviert worden ist, kultiviert in jeder Bedeutung dieses Wortes. So zog sich und zieht sich die Aufgabe der Eingliederung wie ein roter Faden durch alle Bezirke unserer Arbeit. Was dabei beide — Einheimische wie Vertriebene — geleistet haben, was beide aufgebracht haben an menschlichem Verstehen, an Rücksicht aufeinander, an Hilfsbereitschaft, an Verzicht auch des einen zugunsten des andern, verdient in dem Buch deutscher Geschichte festgehalten zu werden. Was aber der Vertriebene selbst an Geduld im Erleiden, an Zähigkeit beim Neuaufbau und an Zuversicht gezeigt hat, verdient die Anerkennung der gesamten freien Welt und sollte dem Osten zu denken geben und ihm deutlich machen, daß das deutsche Volk auch sein größtes aller Anliegen mit der gleichen Geduld, der gleichen Zähigkeit, der gleichen Zuversicht bis zur Erreichung der Wiedervereinigung verfolgen wird. Die Christlich-Demokratische Union hat sich diese Aufgabe gestellt, sie hat die Männer und Frauen in ihren Reihen, die unermüdet Sorge tragen, daß, wie bei uns in Schleswig-Holstein, dieses Anliegen überall in der CDU Allgemeingut bleibt.

Schleswig-Holstein ist das Land mit der geringsten Wirtschaftskraft und der höchsten sozialen Belastung. Die Ursachen liegen im wesentlichen begründet darin, daß es das größere Preußen nicht mehr gibt, in dem wir eine gesunde Provinz waren, und daß das Ende des Krieges uns den Zustrom der Menschen aus dem Osten brachte, für die in diesem industriearmen Land ohne Rohstoffe keine Arbeit gefunden werden konnte. Die Umsiedlung führte vielfach die Aktivsten in andere, aufnahmefähigere Länder, in denen vor allem Arbeit zu finden war. Diese übermäßigen Sorgen auf der einen und auf der anderen Seite die Tatsache, daß unsere Menschen von Hause aus nur „moderierte Föderalisten“ sind, haben hier gewiß öfter als anderswo die Frage aufgeworfen, in welcher Form denn auf die Dauer unser staatliches Leben geordnet sein sollte: in einer in Länder gegliederten Bundesrepublik bzw. einem entsprechend gegliederten wiedervereinigten Deutschland oder in einem zentralistischen Einheitsstaat...

Lassen Sie mich als Regierungschef dieses Landes eines sagen: Wer sich ernsthaft mit dem Gang der deutschen Geschichte beschäftigt, wird durch die Jahrhunderte hindurch ein immerwährendes Ringen zwischen Föderalismus auf der einen und Unitarismus auf der anderen Seite beobachten. Mir scheint, daß gerade wir Deutschen mit beiden Strömungen — dem Föderalismus bis zur Selbstzerstückelung und dem Zentralismus bis zum Totalitarismus — unsere besonderen Erfahrungen sammeln müssen, und daß wir gewarnt sind. Für jeden, der im Staat Verantwortung trägt, geht es doch darum, daß unser Staat, wie jeder moderne demokratische Staat, seinen Bürgern in allen Teilen Schutz und allen die gleiche Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Kräfte bieten soll, damit diese sich aus freier Entscheidung in dem Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Gemeinschaft in das Ganze einfügen. Denn das ist doch der tiefe Sinn des föderativen Prinzips: das rechte Verhältnis zu finden zwischen Bindung und Freiheit, zwischen Einheitlichkeit und Mannigfaltigkeit, das rechte Maß, um den beiden gefährlichen Extremen Zentralismus und Partikularismus zu wehren.

Lassen Sie mich ein weiteres sagen aus der Erfahrung eines Grenzlandes: Die Bundesrepublik wird nur gesund sein, wenn auch ihre Randgebiete gesund sind, wenn entlang der nassen und trockenen Bundesgrenzen, vor allem entlang der Schicksalsgrenze an der Zone, stabile, gesunde Verhältnisse bestehen. Wandern von diesen Randbezirken die Menschen ins Zentrum, angezogen durch wirtschaftlich günstigere Bedingungen, fangen diese Räume an, menschenleer zu werden, nimmt ihre wirtschaftliche Kraft ab, veröden also diese Provinzen, dann nimmt die soziale Spannung zu, dann ist von dort her, von den Rändern, unsere Bundesrepublik gefährdet...

Mir scheint, das so leicht dahingesprochene Wort von der Beseitigung des angeblichen „Länderegoismus“ kann zu einem gefährlichen Spielzeug in der Begriffswelt politischer Dilettanten werden. Es ist meine Überzeugung, daß die großen Leistungen des Wiederaufbaus in allen Teilen unseres Vaterlandes nicht in dem Maße und in der verhältnismäßig kurzen Zeit zustande gekommen wären, wenn nicht gleich nach 1945 die zupackende Verantwortungsfreudigkeit und die Einsicht in die unmittelbaren Lebensnotwendigkeiten bei den Organen der Selbstverwaltung und bei den Ländern bestimmend gewesen wären...

Sie werden mit mir der Auffassung sein, daß es das beste Gegengewicht gegen die sichtbaren und vielfach bedrohlichen Tendenzen des Zentralismus ist, wenn die Länder sich für das Wohl des Bundes mitverantwortlich wissen. Ich weiß um manches Wort der Kritik an den Ländern, manches berechnete und manches unberechnete. Die Vorstellung einer guten Ordnung im Staat kann doch nicht deshalb schon einen Stoß erleiden, weil man in Kiel ein ähnliches Problem anders löst etwa in München. So bleibt die Herstellung eines guten Einvernehmens zwischen dem Bund und den Ländern — aber fern jeder Gleichmacherei — eine entscheidende Aufgabe unserer Partei...

Schleswig-Holstein ist ein ganz überwiegend evangelisches Land; nur 6% unserer Menschen gehören der römisch-katholischen Konfession an. Es ist damit das Bundesland mit dem geringsten Anteil an katholischer Bevölkerung. Noch nicht einmal ganz diesem Anteil entsprechend, gibt es in der CDU-Fraktion des schleswig-holsteinischen Landtages einen einzigen Abgeordneten katholischen Bekenntnisses. Sie werden verstehen, weshalb ich darauf besonders hinweise. Unsere politischen Gegner und Partner behaupten mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren und richtigeren Sache wert wäre, die Christlich-Demokratische Union sei eine klerikale Partei. Solange die Union besteht, wird ihr nachgesagt, daß sich in ihr der evangelische Teil der Bevölkerung gegenüber der anderen christlichen Konfession politisch nicht habe durchsetzen können. Nun fällt es mir seit jeher schwer, zwischen einer evangelischen und einer katholischen Politik zu unterscheiden. Wenn wir uns einmal der bedeutsamen politischen Entscheidungen und Maßnahmen der Bundesregierung und des Bundestages im letzten Jahrzehnt erinnern, Entscheidungen, die unsere Gegenwart gestalteten und deren gerechte Würdigung die Bürger und Wähler unseres Volkes so sichtbar zunehmend auf die Seite unserer Partei brachte, dann bleibt es doch eine wahrlich seltsame Fragestellung, ob beispielsweise die Soziale Marktwirtschaft eine katholische Angelegenheit sei, ob in unserer Außen- und Bündnispolitik evangelische Interessen vernachlässigt worden seien oder ob etwa der Grüne Plan einer klerikalen Durchleuchtung auch standhalte.

Am Beispiel Schleswig-Holstein wäre jedenfalls nachzuweisen, daß seiner Bevölkerung solche Vorstellungen fremd sind. Bei der Wahl zum Ersten Deutschen Bundestag lag der Anteil der CDU-Stimmen in diesem evangelischen Land noch bei 30%; im letzten Jahr, nachdem also die CDU über acht Jahre Regierungsverantwortung

Rechenschaft ablegen mußte, wurden daraus fast 50 %. Hätte unsere evangelische Bevölkerung dieses Vertrauensvotum wirklich einer Regierungspartei gegeben, die „klerikale Politik“ trieb?

Die Bevölkerung dieses Landes also ist ganz überwiegend evangelisch, vielleicht nicht im Sinne einer besonders ausgeprägten Kirchlichkeit — unsere Herren Bischöfe wissen davon ein Lied zu singen —, aber doch im Sinne einer tiefwurzelnden, vom Religiösen her gewachsenen und bestimmten Haltung. Wir lehnen es aber mit aller Entschiedenheit ab, unser konfessionelles

Bekenntnis zur Parole einer antikatholischen Kampf-ansage werden zu lassen! Wir fühlen uns in der Christlich-Demokratischen Union beheimatet, weil sich mit ihr aus dem überzeugten Willen zu gemeinsamer Arbeit auf christlicher Grundlage eine Voraussetzung unserer Demokratie hat finden lassen, die es zuvor in der deutschen Parlaments- und Parteiengeschichte niemals gegeben hat. Hier in Schleswig-Holstein sind evangelische Christen unserem Ruf zur Mitarbeit hervorragend gefolgt. Wir Evangelischen werden nur in dem Ausmaße Einfluß in der Politik haben, wie wir bereit sind zur **Mit a r b e i t** und **M i t v e r a n t w o r t u n g**..

## EINHEIT IN FRIEDEN UND FREIHEIT

von Dr. Heinrich Krone

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Stellvertretender Vorsitzender der CDU

... Am 25. März, eine Minute vor Mitternacht, schloß der Präsident die letzte Sitzung des Deutschen Bundestages vor Ostern mit den besten Wünschen für einen guten Osterurlaub. Mit diesem Osterwunsch ging eine Debatte zu Ende, die an Gegensätzen, an Härte und Leidenschaft in der deutschen Parlamentsgeschichte ihresgleichen sucht. Sie hatte vier Tage gedauert.

Es ging um die Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr. Diese Ausrüstung allerdings nicht unter allen Umständen, sondern nur dann, wenn die Welt weiterhin in Waffen erstarrt — es also nicht zu dem kommt, was wir immer und immer wieder als einen entscheidenden Beitrag zur friedlichen Lösung der Weltkonflikte in die internationale Diskussion stellen — wenn es nicht zu einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung kommt...

Die Atomwaffen wurden von der politischen Propaganda aufgegriffen. Sie wurden in den parteipolitischen Kampf hineingezogen. Man machte daraus sogar eine Wahlparole für Nordrhein-Westfalen. Das ging ins Auge. Es scheint nicht so, daß die Opposition für die Wahlen in Schleswig-Holstein, in Bayern und Hessen daraus gelernt hat.

In Berlin jedenfalls kommt man mit solcher Politik nicht an. Die Berliner Sozialdemokraten und der Berliner Gewerkschaftsführer wollten von der Volksbefragung wegen der Atomwaffen nichts wissen. In Berlin brennen Verteidigung und Sicherheit auf den Nägeln. Im Westen ist die Opposition trotz der Nähe der Zonengrenze doch zu weit im Hinterland.

Die Atomwaffen sind da. Sie stellen durch ihr Vorhandensein auch an uns eine Frage, auf die wir antworten mußten.

Ich sagte schon, daß unser Ziel die allgemeine kontrollierte Abrüstung sowohl der atomaren als auch der herkömmlichen Waffen ist. Wir stehen deshalb zu der Erklärung der Bundesregierung, jedes Abkommen, daß die Großmächte auf dem Gebiet der Abrüstung treffen, unbeschadet anzunehmen.

Das Weitere aber ist — und hier haben wir sogar Professor Gollwitzer auf unserer Seite —, daß „wir den gegenwärtigen Frieden dem gegenseitigen Abschreckungsgleichgewicht verdanken“. Wenn dem so ist, wie können wir dann politisch falsch handeln, wenn wir bis zu einer allgemeinen Abrüstung zu diesem Gleichgewicht beitragen? Kann ich es verantworten, mit meinem Nein der anderen Seite das Übergewicht zuzuspielen?

Wir haben die beschwörenden Worte, die aus besorgtem Gewissen an uns gerichtet wurden, sehr ernst ge-

nommen. Wir huldigen keiner wertfreien Politik. Wir wollen keine Privatisierung des Ethos und auch keine Minderung des Ethos in der Öffentlichkeit.

Jedoch nimmt der christliche Politiker nun aber nicht die Bibel und holt aus ihr wie aus einem politischen Rezeptbuch die Antwort auf konkrete, in einer geschichtlichen Stunde gestellte Fragen. Die Geschichte der Kirche und der Politik hat zahllose, warnende Beispiele dafür, wohin das führt. Das endet mit einem Fanatismus des Utopischen und Revolutionären.

Wir haben uns zur Pflicht der Verteidigung unseres Volkes und seiner Freiheit bekannt, und zwar unter den heute gestellten Bedingungen. Wir haben das getan, um dem Frieden zu dienen.

Vielleicht darf ich dieses Kapitel mit Worten des verehrten Bischofs D. Halfmann aus Kiel schließen. Sie stehen am Ende des Vortrags über „Theologische Fragen zur Verteidigung“, den er auf der 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Essen gehalten hat:

„Dem Politiker ist damit eine der gewaltigsten Aufgaben der Geschichte gestellt: Politik zu treiben dieses der Grenze, an der die Atomwaffen locken und drohen. Das kann nur eine neue Politik sein, die den Krieg als Mittel der Politik auszuschalten versucht. Wer ist der Politiker? Wir alle sind das, sofern wir Staatsbürger sind. Wir alle müssen die Verantwortung mittragen und den exponierten Politiker in seinem besonderen Amt fühlen lassen, daß er von der gemeinsamen Überzeugung vieler getragen wird. Seine letzten Entscheidungen aber kann ihm keiner abnehmen, sie muß er in der Einsamkeit des Gewissens vor Gott treffen. Dann soll er aber wenigstens gewiß sein, daß die Gebete der Gläubigen ihn umschweben. Und das Gebet vermag viel, wenn es ernstlich ist.“

\*

... Unser Wunsch geht nicht dahin, daß sich die parteipolitischen und ideologischen Gegensätze in Deutschland noch verschärfen. Wir können diesen Wunsch deshalb nicht haben, weil eine solche Verschärfung der Gegensätze das Ringen um die staatliche Einheit Deutschlands ungeheuer erschweren und vielleicht sogar aussichtslos machen würde. Wir leben in einem geteilten Vaterland. Diese Teilung beruht ausschließlich auf äußerer Gewalt. Sie teilt nicht unser Volk. Sie trennt nicht die Herzen. Daß das auch heute noch so ist, ist eine große Hoffnung für uns alle. Deshalb werden wir auch weiterhin um der Einheit Deutschlands willen Gemeinschaft mit allen suchen, die wie wir die Einheit in Frieden und Freiheit wollen.

Der demokratische Sozialismus ist ohne Zweifel eine politisch bedeutsame Erscheinung innerhalb der freien

Welt. Er steht im Kampf gegen die kommunistische Gefahr auf der Seite der Freiheit, und nichts liegt uns ferner, als ihn auf die andere Seite abdrängen zu wollen. Indessen — und das erfüllt uns mit tiefer Sorge — ist nicht zu bestreiten, daß nicht alle, die sich in Deutschland zum demokratischen Sozialismus bekennen, aus diesem Bekenntnis die gleichen Konsequenzen ziehen. Das ist eines der größten und ernstesten Probleme der deutschen Politik. Die sozialdemokratische Parteiführung ist zwar außerordentlich empfindlich, wenn sie von uns hierauf angesprochen wird, wird es aber auch in Zukunft hinnehmen müssen, daß wir, was uns besorgt macht, mit größter Offenheit zum Ausdruck bringen. Mit einem Vertuschen der unser Land bedrohenden Gefahren kommen wir nicht weiter, und wer um der Einheit der eigenen Partei willen die in ihr auftretenden radikalen Tendenzen, statt sie auszuräumen, einfach verleugnet, wird mehr und mehr in die Abhängigkeit von diesen Tendenzen geraten. Dann aber ist der Tag nicht mehr fern, wo man sich in Moskau und in Pankow sagen wird, daß das deutsche Volk aufgehört hat, eine Einheit zu sein, daß es, innerlich aufgespalten und zerrissen, nun reif für die Bolschewisierung geworden ist...

Ulbricht und seine Gruppe haben das Programm der restlosen Durchführung des Kommunismus verkündet. Der dialektische Materialismus ist die Grundlage des Kampfes gegen Gott und sein Gebot, gegen Gottes- und Menschenrecht. Die Zone erlebt heute einen Kampf gegen Christentum, gegen Religion und Gewissensfreiheit wie nie zuvor.

Das kommunistische Regime in Mitteldeutschland ist heute Herr über alle Arbeitsplätze und alle Verwaltungen, über alle Lehrstellen und Bildungseinrichtungen. Mit seiner Spitzel- und Infiltrationstechnik reicht es sogar in die Haus- und Wohngemeinschaften. Das ganze äußere Leben unserer Landsleute in Mitteldeutschland

ist diesem System ausgeliefert. Schon wird verlangt, daß „auch im Elternhaus die fortschrittlichen Ideen, die unsere Schule vermittelt, den Kindern dargelegt werden“. Damit ist der Kampf auch der Familie unmittelbar angesagt, deren religiöser Einfluß dem in der Schule gelehrtens Atheismus noch immer tapfer entgegensteht.

Da bleibt für Tausende und Abertausende nur noch die Flucht. Dieser Flüchtlingsstrom, der nun schon seit Jahren andauert, bedeutet mehr, als irgendeine Abstimmung zum Ausdruck bringen könnte. Er ist, was man im Kreml endlich bedenken sollte, eine Niederlage auch für die sowjetische Politik.

Wir, die wir die Freiheit dazu haben, werden nicht darauf verzichten, deshalb nicht nur an unsere Verbündeten, sondern an die gesamte Welt zu appellieren. Deutschland hat heute wieder viele Freunde in der Welt. Wir stehen nicht allein da, wenn wir gegen das Unrecht, das unserem Volk zugefügt wird, aufbegehren...

Soll ich hier Anklage gegen die Sowjetunion erheben? Ich tue es nicht. Ich will nur die Vernunft der sowjetischen Staatsmänner anrufen. Was in Mitteldeutschland geschieht, ist ein furchtbares Unrecht, das dem ganzen deutschen Volk angetan wird. Es gibt keine zwei deutschen Staaten, sondern nur ein einziges Deutschland, und dieses ganze Deutschland leidet. Warum will nicht auch die Sowjetunion sich endlich mit ihm versöhnen? Wir sind bereit, alles, was in unseren Kräften steht, für diese Versöhnung zu tun. Nur eines darf man von uns nicht verlangen: daß wir dem Regime in der Zone auch nur den kleinen Finger reichen, damit es seine Existenz rettet. Wir wollen weder Rache nehmen, noch sonstwie abrechnen. Aber wir wollen die Einheit Deutschlands, seine Freiheit und den Frieden...

## DIE FRAU IN UNSERER GESELLSCHAFT

von Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, MdB

*Aus der freimütigen Aussprache, die auf dem Kieler Parteitag einen breiten Raum einnahm, verdient dieser Diskussionsbeitrag besondere Beachtung:*

Ich habe den Auftrag, die staats- und gesellschaftspolitischen Ausführungen des Bundestagspräsidenten nach der Seite hin zu ergänzen, auf der die besonderen Erfahrungen und die besonderen Probleme der Frauen in unserer Gesellschaft liegen. Zu den Gefahren, die die Entwicklung der modernen Gesellschaft den Menschen gebracht hat, gehört auch eine tiefgreifende Störung der Partnerschaft zwischen Mann und Frau.

Die landläufigen Vorstellungen gehen dahin, daß mit der Entwicklung der industriellen Gesellschaft und als Ergebnis der Frauenbewegung der Einfluß der Frau verstärkt worden sei. Ja, es wird die Meinung vertreten, es liege eine Gefahr gerade in dem zu weitgehenden Vordringen der Frau in das berufliche und das öffentliche Leben.

Der wirkliche Vorgang sieht ganz anders aus:

1. ist festzustellen, daß die Frau heute auf das Gesamte des sozialen Lebens gesehen im Vergleich mit der vorindustriellen Gesellschaft an Einfluß verloren hat.
2. hat die Industrialisierung seit ihrem Beginn immer wieder bestimmte Gruppen von Frauen in besondere Notlagen gebracht.

### I.

Der Verlust von Mitwirkungsmöglichkeiten der Frau in der Gesamtheit des gesellschaftlichen Lebens beruht darauf, daß die Bezirke des sozialen Lebens, in denen die Frau von alters her ihre besondere Aufgabe hatte — Familie, Nachbarschaft, Geselligkeit — im Laufe der letzten hundert Jahre eingeschrumpft sind, während in der gleichen Zeit alles außerfamiliäre soziale Leben, insbesondere alles, was in öffentlichen Anstalten, Organisationen und im Staat vor sich geht, an Umfang gewonnen hat. In der vorindustriellen Zeit war die Frau in der Großfamilie, in der Nachbarschaft und in der Geselligkeit ein Partner des Mannes, dessen Beruf mit dem Hausstand eng verbun-

den war. Hier lag das Schwergewicht des sozialen Lebens überhaupt. Stellung und Aufgaben von Mann und Frau waren verschieden, aber innerhalb eines so beweglichen und menschlichen sozialen Gebildes wie der Großfamilie elastisch abgegrenzt. Jeder stand dem Aufgabenbereich des anderen nahe und konnte ihn mit übersehen. Ein großer Teil der Aufgaben, z. B. Produktion und Verwaltung von Gütern, Pflege der Alten und Kranken, wirtschaftliche Vorsorge für das Alter, ist heute aus der Familie und damit aus der partnerschaftlichen Behandlung durch Mann und Frau in Betriebe, in Anstalten, in Krankenkassen, Rentenversicherungen und in den Bezirk der staatlichen Regelungen verlegt. In dieses Gebiet ist die Frau ihren früheren Aufgaben nur in ganz einseitigem und beschränktem Maße gefolgt. Sie ist eingerückt in die untersten, unteren und mittleren Dienste in Betrieben, Krankenkassen, Rentenversicherungen usw. Sie ist aber an der Gestaltung und Führung dieser Einrichtungen kaum beteiligt. Ebenso ist es auf vielen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Dazu kommt, daß auch innerhalb der Familie die frühere enge Partnerschaft durch eine Trennung von Hausstand und Beruf des Mannes gelockert ist. Heute ist für einen Ehegatten der Lebensbereich des anderen nicht mehr unmittelbar übersehbar. Die Frau erhält nur ein mittelbares Bild von dem Berufsleben des Mannes, und der Mann teilt die Lebenserfahrungen der Frau, z. B. die Schulsorgen der Kinder, nur teilweise.

Diese Trennung des weiblichen und des männlichen Lebensbezirks und das unaufhaltsame Anwachsen eines ganz überwiegend vom Manne geprägten außerhäuslichen und nicht privaten sozialen Lebens hat die in der vorindustriellen Gesellschaft viel intensivere Partnerschaft zwischen Mann und Frau gelockert. Der Verlust an Einfluß, den die Frau damit erlitten hat, wird durch das Einrücken einer Minderheit von Frauen in eine Reihe unterer und mittlerer Berufe und durch ihre Beteiligung an demokratischen politischen Rechten nicht ausgeglichen.

Wir werden nicht zur Großfamilie der vorindustriellen Gesellschaft zurückkehren können, sondern wir werden neue Wege suchen müssen. Die Frauenbewegung hat in der geistigen Sprache ihrer Zeit mit der individualistisch gesehenen Forderung gleicher Rechte das erstrebt, was in der damaligen Zeit das Dringendste und Notwendigste war: Mutterschutz für die berufstätige Frau in Fabrik und Büro, Hebung der Frauenbildung, Beteiligung an den politischen Rechten. Wir sehen heute die gesamten Fragen mehr vom Ganzen der Gesellschaftsordnung aus. Unser Ziel ist eine gerechte und menschliche Ordnung. Mann und Frau sind aber nur zusammen „der Mensch“. Jede menschliche Gemeinschaft braucht den Beitrag beider in seiner Verschiedenheit. So schwer die Familie heute unter der Familienentfremdung des Vaters leidet, so sehr fehlt der Gesellschaft und dem Staat der wirksame Beitrag der Frau.

## II.

Daß dieser Beitrag fehlt, zeigt sich u. a. bei der sozialpolitischen Behandlung der zweiten Frage, die wir aufgeworfen haben: der Benachteiligung bestimmter Gruppen von Frauen in unserer Sozialordnung.

Der Bundestagspräsident hat in seinem Vortrag die Entwicklung zum Leistungslohn dargestellt und bejaht. Gerade wenn man seinen Ausführungen zustimmt, darf man eines nicht übersehen: Auch wenn der Leistungslohn so ausreichend ist, daß der Familienvater eine Familie mit vielen Kindern gut erhalten kann, bleibt die Tatsache bestehen, daß in der Konkurrenz um den Leistungslohn und die damit verbundene Altersvorsorge bestimmte Gruppen von Frauen unter schwereren Bedingungen stehen als der Mann.

Unsere soziale Ordnung nimmt als Norm den berufstätigen Menschen, der sich nach Vollendung seiner Ausbildung kontinuierlich einem Erwerbsberuf widmet und in ihm zu steigenden Erfahrungen und besserer Leistung und damit zu gesicherter Stellung und höherem Lohn und schließlich zu einer Altersversorgung kommt. Nur eine Minderheit von Frauen, nämlich diejenigen, die eine volle Arbeitskraft lebenslanglich ihrem Beruf widmen, passen in diese Norm. Die Mehrzahl der Frauen ist zumindest viele Jahre ihres Lebens durch Familie und Kinder voll oder mit einem großen Teil ihrer Arbeitskraft in Anspruch genommen. Wenn für diese Frauen aus irgendeinem Grunde die Arbeitskraft des Mannes und dessen Leistungslohn keine wirtschaftliche Existenz mehr bieten, geraten sie auf die Schattenseite des Lebens. Das gilt von den Frauen, deren Mann früh stirbt oder krank und arbeitsunfähig wird, von den Frauen, deren Ehe aus irgendeinem Grunde zerbricht und deren Mann seinen Verpflichtungen gegenüber der Familie nicht nachkommt oder nicht nachkommen kann. Die Akten der Fürsorgeämter und die Sprechstunden, die der Sozialberatung dienen, beschäftigen sich zu einem großen Teil mit dieser Gruppe von Frauen. Unter den Empfängern öffentlicher Fürsorge haben sie oft den größten Anteil, wenn man von verschuldeter Fürsorgebedürftigkeit, wie sie bei der Trinker- oder Straffälligenfürsorge vorliegt, absieht. Diese Frauen wurden früher in der elastischen Gemeinschaft der Großfamilie aufgefangen und fanden dort jedenfalls eher eine Aufgabe und eine Existenz als in der heutigen Gesellschaft, in der ganz überwiegend die wirtschaftliche Existenz des Menschen auf einem Leistungslohn beruht, der Entgelt für den Einsatz einer vollen Arbeitskraft ist.

Im kommunistischen Herrschaftsbereich versucht man, diese Frage dadurch zu lösen, daß man von der Frau — sei sie verheiratet oder nicht — den gleichen Einsatz im außerhäuslichen Berufsleben erwartet wie vom Mann. Diese Lösung kann nicht die unsrige sein. Sie zerstört den persönlichen Raum der Familie. Sie überläßt die Kinder der Erziehung durch den anonymen Staat. Wenn wir aber die Familie erhalten wollen, wenn wir dem Rechnung tragen wollen, daß die Frau durch ihre Bestimmung enger an die Aufgaben in der Familie gebunden ist als der Mann, müssen wir für die Sicherung ihrer Existenz eine Lösung finden, die nicht so einfach sein kann wie die kommunistische. Man muß der komplizierten Stellung der Frau im Berufsleben Rechnung tragen. Von der Lebensform der Frau her bietet sich als eine Lösung immer wieder die Teilzeitarbeit an. Es ist eine unmenschliche Härte, daß etwa die Arbeiterfrau nur vor der Wahl steht, neben der Sorge für Haushalt und Familie einen vollen Achtstundentag in der Fabrik zu leisten oder auf ein Mityerdiensten ganz zu verzichten. Die Lebensform der Frau erfordert, daß es neben der Norm der vollen Arbeitsstelle auch elastischere Regelungen gibt.

Ein anderes Beispiel aus der Witwenversorgung: Eine Beamtenswitwe, deren Mann nach relativ kurzer Dienstzeit gestorben ist, erhält eine Pension, die nur zu einem dürftigen Leben für sie und ihre Kinder reicht. Wenn sie etwa ihren früheren Beruf als Lehrerin wieder aufnehmen will, wird ihr Arbeitsverdienst aus dem öffentlichen Dienst

auf die Pension angerechnet. Ihr Gesamteinkommen darf nicht mehr betragen als das Einkommen, das der Mann bei seinem Tod, also in verhältnismäßig jungen Jahren hatte. Ihr Einkommen als Lehrerin bleibt auch auf einem verhältnismäßig niedrigen Stand, da sie während ihrer Ehejahre ihre Berufsarbeit unterbrochen hatte. Sie bleibt also trotz der Doppelbelastung von Haushalt und Beruf, und obgleich ihre Kinder älter werden und mehr kosten, mit ihrem Einkommen infolge dieser Anrechnungsvorschriften hinter dem normalen Einkommen einer Lehrerin ihres Alters und hinter dem Einkommen, das ihr Mann im Laufe der Jahre erhalten hätte, zurück. Anders liegt der Fall, wenn sie Maschinenschreiben und Stenographie lernt und Sekretärin in der Privatwirtschaft wird. Was dies wiederum menschlich für eine Frau von vierzig Jahren bedeutet, die zehn oder fünfzehn Jahre lang Hausfrau war, macht man sich oft nicht klar.

Von der Überlastung der kinderreichen Hausfrau, von der Frau, die aus zwingenden Gründen die Doppelbelastung von Beruf, Haushalt und Versorgung der Kinder auf sich nehmen muß, von der besonderen Überlastung der Landfrau im kleineren oder mittleren bäuerlichen Betrieb ist schon oft gesprochen worden. Alles dies sind Folgen der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung, die nur dann mit der notwendigen Klarheit gesehen werden können, wenn Mann und Frau gemeinsam mit ihren Erfahrungen dazu beitragen. Die deutliche Erkenntnis dieser Nöte besonderer Gruppen von Frauen ist aber Voraussetzung dafür, daß man die Schwierigkeiten, die einer Abhilfe entgegenstehen, überwindet. Der Einführung von Teilzeitarbeit, einer Änderung bestimmter Prinzipien des Beamtenversorgungsrechts stehen Schwierigkeiten entgegen, aber ich glaube, mit dem partnerschaftlichen Einsatz von Männern und Frauen wären sie überwindbar.

## III.

Dazu ist es nötig, daß die Mitarbeit der Frau nicht nur auf die unteren und mittleren Stufen unseres öffentlichen Lebens beschränkt wird, sondern daß sie stärker als bisher in allen Stufen und im politischen Leben zur Geltung kommt.

Die politische Betätigung der Frau seit 1918 hat eine Reihe von Vorurteilen widerlegt, die ihr früher entgegenstanden. Zunächst begegnete das Frauenwahlrecht dem Vorurteil, daß die Frau sich den radikalen Parteien zuwenden würde, die sich mit ihrer Propaganda mehr an Gefühl und Phantasie als an die Vernunft wenden. Schon die Wahlen vor 1933 haben gezeigt, daß die Frauen die Kommunisten und die Nationalsozialisten weniger gewählt haben als die Männer, daß sie vielmehr die mittleren Parteien bevorzugt haben.

Ein zweites Vorurteil wurde in den letzten Jahren durch das Scheitern der sogenannten Frauenfriedensbewegungen beseitigt. Bei der Auseinandersetzung über die Aufstellung von Streitkräften erwies sich, daß die Frauen sich im gleichen Maße wie die Männer von der Vernunft leiten ließen und sich der von der politischen Notwendigkeit gebotenen Entscheidung zugunsten der Aufstellung von Streitkräften nicht verschlossen, daß sie den emotional vorgetragenen sogenannten Friedensappellen nicht verfielen.

Es hat sich damit gezeigt, daß es um die politische Stellungnahme der Frau etwas komplizierter bestellt ist, als es die landläufigen Vorurteile annehmen, und daß die politische Erwartung von Frauen und Männern nicht auf die vereinfachende Formel: „Der Mann vertritt den Verstand, die Frau das Gefühl, der Mann den Kampf, die Frau den Frieden“ zu bringen ist. Ebenso wie in jeder Ehe die Verschiedenheit von Mann und Frau vorhanden ist und hier immer wieder in unterschiedlicher Weise zutage tritt, ist auch die Andersartigkeit der politischen Haltung der Frauen nicht auf eine landläufige allgemeine Formel zu bringen. Das Gegenüber von Mann und Frau im politischen Leben läßt sich nicht einfach als eine grundsätzliche Vertretung verschiedener Prinzipien nachweisen, sondern ähnlich wie in der Familie unterscheiden sich Mann und Frau mehr durch ihre Methode, ihr Tempo, durch die anderen Akzente bei Wertungen im Einzelfall. Das wesentliche Ziel ist gemeinsam; das haben gerade die jüngsten Wahlen deutlich gemacht. . .

Wenn wir eine soziale Ordnung begründen wollen, die gerecht und menschlich ist, dann muß sie eine Ordnung für Mann und Frau sein. Dabei kommt es heute vor allem auf zwei Dinge an:

1. muß wieder eine lebendigere Partnerschaft zwischen Mann und Frau, wie sie in der vorindustriellen Zeit vorhanden war, hergestellt werden. Das würde in der heutigen Gesellschaft bedeuten, daß die Frauen auf allen Stufen unseres sozialen Lebens mitarbeiten, auch da, wo gedacht, gestaltet und geführt wird.
2. ist es notwendig, daß Männer und Frauen in der Regierung tragenden Partei gemeinsam mehr als bisher die Aufmerksamkeit der entscheidenden Stellen auf die Verhältnisse derjenigen Gruppen von Frauen lenken, die durch die Entwicklung zum Leistungslohn ohne Schuld auf die Schattenseite des Lebens geraten sind.